

des Weltkapitals eine ebenso gewaltige Macht des internationalen Proletariats entgegen zu stellen, müssen wir rücksichtslos alle diejenigen Tendenzen bekämpfen, die geeignet sein könnten, das Proletariat von seinem Wege abzulenken. Das Proletariat darf heute unter keinen Umständen wieder dahin gebracht werden, daß es auch nur den Gedanken eines Kompromisses mit dem Bürgertum verfiel. Zwischen dem absterbenden Kapitalismus und der Entwicklung der proletarischen Revolution gibt es keinerlei Kompromisse. Hier gibt es nur den Kampf bis zur Entscheidung. Darum halte ich es und meine Berliner Freunde für eine Notwendigkeit, daß wir gegenüber dem Nationalkommunismus eine klare Stellungnahme verfolgen. Es muß klar entschieden werden darüber, was als Kommunismus zu verstehen ist und was nicht. Die Partei befand sich bei ihrer Gründung vor einer so glänzenden Situation. Überall strömten uns die Massen zu. Wir hatten alle Aussichten, die Partei gut zu organisieren. In diesem Augenblick überraschte man uns aus Hamburg mit diesem Streitobjekt: Kommunismus gegen Spartakismus. Das hat uns mehr geschadet, als wir heute noch aufzubauen in der Lage sein werden. Darum ist es eine Notwendigkeit, daß dieser Streit ausgefochten wird bis zur letzten Konsequenz. Das verkehrteste wäre, daß man sich wieder auf einen faulen Kompromiß einigt. Wenn wir das tun, werden wir die Kämpfe wieder von neuem erleben. Die Partei als solche muß klar aussprechen, wie sie zu diesen Dingen steht. Sie muß ein Programm annehmen, sie muß Richtlinien aufstellen, die entweder angenommen werden oder aber nicht. Etwas Positives muß festgelegt werden. Und dann muß hier ausgesprochen werden, daß alle diejenigen, die sich dann zum Programm nicht bekennen wollen, innerhalb der Partei nichts mehr zu suchen haben.

Ich habe mir erlaubt, einige Leitsätze auszuarbeiten, die folgendermaßen lauten:

Leitsätze über Nation und Klassenkampf

1. Die Epoche des Feudalismus kennzeichnet sich durch den Man-

gel eines im Rahmen der Nation einheitlich organisierten Staatsganzen, was gleichbedeutend war mit dem Fehlen einer entsprechenden nationalen Ideologie. (Oligarchie der Fürsten in Deutschland, Italien, Frankreich, England u.s.w.)

2. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bildet sich mehr und mehr die Notwendigkeit großer einheitlicher Wirtschaftsgebiete heraus. Die Kämpfe des englischen und französischen Bürgertums im 17. und 18. Jahrhundert endigen mit der Aufrichtung von einheitlich in sich geschlossenen Nationalstaaten, in denen das Bürgertum die gesetzgebenden und verwaltenden Funktionen übernimmt. Das Bürgertum als herrschende Staatsmacht entwickelt aus sich heraus den Gedanken der nationalen Einheit und Freiheit. Somit ist ideologisch betrachtet die Nation ein Produkt der bürgerlichen Welt, geboren aus den ökonomisch-politischen Interessen der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur.

3. Wie verhält sich demgegenüber das Proletariat in seinem Bestreben um die ökonomische Befreiung aus der Sklaverei des Kapitalismus? In den Ländern, wo die Bourgeoisie im Begriff steht, den nationalen Einheitsstaat zu begründen im Interesse der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, wird das Proletariat gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen den herrschenden Föderalismus kämpfen, wobei jedoch gleichzeitig die besonderen politischen und ökonomischen Ziele scharf hervorgehoben werden müssen. Diese Epoche war für Deutschland und das gesamte Westeuropa mit dem Jahre 1871 abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die Periode der vollen kapitalistischen Entwicklung, die an der Wende des Jahrhunderts bereits die Formen des Imperialismus annimmt.

4. In dem Stadium der Geschichte, wo der Kapitalismus zur vollständigen Entfaltung gelangt, machen sich naturgemäß die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat in verschärftem Maße bemerkbar. In diesem Stadium gibt es keine gemeinsamen Interessen mehr zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Das Proletariat aller Länder schließt sich mehr und mehr zu einer gemeinsamen Kampffront zusammen gegen die Interessengemeinschaft des Kapitalismus.

5. Das gilt in höchstem Grade für die gegenwärtige Epoche, wo inmitten der weltrevolutionären Entwicklung die Existenz der russischen Sowjetrepublik das gesamte Weltkapital zu gemeinsamen Aktionen gegen das siegreiche russische Proletariat veranlaßt. In dieser historischen Situation erwächst dem deutschen Proletariat gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen das Weltkapital auf internationalem Maßstab mit Aufbietung aller Kräfte in Angriff zu nehmen. Der Kampf gegen das Weltkapital wird wirksam geführt durch den rücksichtslosesten Klassenkampf gegenüber der deutschen Kapitalistenklasse, als den Handlangern des Entenkapitals. Die vollständige Niederwerfung der deutschen Ka-

pitalistenklasse ist die Voraussetzung für die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Ententekapital. Darum gelten alle Bestrebungen für konterrevolutionär, die darauf hinzielen, das deutsche Proletariat für eine Kampfgemeinschaft mit dem Bürgertum in Form des nationalen Aufstandes gegen die Entente zu engagieren. Als konterrevolutionär müssen auch Bestrebungen gelten, die darauf gerichtet sind, nach dem Siege der proletarischen Revolution auf den unvermeidlichen Bürgerkrieg zu verzichten zugunsten eines sogenannten revolutionären Volkskrieges gegen die Entente. Aufgabe des siegreichen Proletariats ist in erster Linie die Niederhaltung der eigenen Bourgeoisie. Ein etwa notwendig werdender Kampf gegen das Ententekapital bedeutet den gleichzeitigen Kampf gegen die mit jenen durch gleiche Interessen verbundene deutsche Kapitalistenklasse. Jede Art von nationalem Bolschewismus muß daher von einer revolutionären Partei grundsätzlich verworfen werden. Bestrebungen nationalbolschewistischen Charakters haben keinen Platz in der K.A.P.D. Die K.A.P.D. bekennt sich zum schärfsten Klassenkampfgedanken im Interesse der Revolution des deutschen und internationalen Proletariats. Die Organisation der Internationale besteht nicht in der Föderation der Nationen, sondern in dem internationalen Zusammenschluß der Klassenorganisationen des Proletariats zu dem einzigen Zweck des Aufbaues einer kommunistischen Welt.

Das ist die Linie, die wir gehen müssen, wenn wir den Interessen der Revolution gerecht werden wollen. Die Genossen Laufenberg und Wolffheim sind im Irrtum, wenn sie glauben, daß sie etwas Neues gebracht haben. Die Wirkung ihrer Ideen ist nur die, daß wir in die vormarxistische Epoche zurückgeworfen werden. Dagegen müssen wir kämpfen im Interesse des internationalen Proletariats. (Bravo!)

Es folgt nunmehr der Bericht der Mandatsprüfungskommission: Die Mandate sind geprüft. Es vertreten: Berlin 12.000, Nord 3000, Altona 953, Sachsen-Anhalt 1400, Nordwest 1000, Pommern 1100, Niedersachsen 1200, Ostsachsen 3100, Ostpreussen 1500, Rheinland-Westfalen 5500, Frankfurt a/M. 1000, Zwickau 200, Mitteldeutschland 3200, Besetzte Zone 2500, Spandau-Osthavelland. Somit sind 44 stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag vertreten.

Es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte um die beiden Mandaten von Altona als der Opposition von Ham-

burg, während der die inneren Angelegenheiten des Bezirks Nord zum Austrag kommen. Schließlich werden die 3 Mandate des Bezirks Nord und 1 Mandat der Opposition (nachdem die Opposition auf 1 Mandat freiwillig verzichtet hat,) mit 21 gegen 12 Stimmen anerkannt.

L.-Dresden: beantragt nochmalige getrennte Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

R.-Berlin: Es folgt dann die Abstimmung über den Antrag der Mandatsprüfungskommission, 1. die drei Hamburger Mandate anzuerkennen. (Mit 15 gegen 2 Stimmen angenommen.) Die drei Hamburger Mandate sind somit gültig. 2. Ein Mandat der Opposition anzuerkennen. (Mit 25 gegen 11 Stimmen angenommen.) Ein Mandat der Opposition ist somit auch gültig.

W.-Hamburg: Nach dieser Abstimmung erkläre ich, daß die Berliner Genossen es entschieden abgewiesen haben würden, wenn wir beansprucht haben würden, den Genossen W.-Berlin zuzulassen.

Schi.-Berlin: Ich stelle fest, daß in Berlin keine besondere Organisation besteht wie in Hamburg. Das ist der Unterschied zwischen Hamburg und Berlin.

R.-Berlin: Zum Korreferat über das Thema Nation und Klassenkampf erteile ich nunmehr dem Genossen L.-Hamburg das Wort.

L.-Hamburg, Korreferent: Die Abstimmung, die eben stattgefunden hat, war, darüber wird wohl kein Zweifel bestehen, eine Abstimmung grundsätzlicher Art. Und daß sie das sein sollte, geht hervor aus einer einfachen Tatsache. Das Organisationsstatut der Partei bestimmt, daß 4 Wochen vor dem Parteitag den Ortsgruppen und Bezirken Anträge grundsätzlicher Art zugegangen sein müssen, damit die Bezirke dazu Stellung nehmen können. Wir sind hier genau so wie in Heidelberg von dem Vertreter des Zentralausschusses mit der Vorlegung einer Prinzipienklärung bedacht worden, die den Ortsgruppen nicht vorgelegen hat, zu der sie keine Stellung haben nehmen können, und in der zum Schluß ganz ausdrücklich ausgesprochen wird, daß derjenige, der dieser Prin-

FORMALER
FEHLER

zienerklärung nicht zustimmen kann, sich aus der K.A.P.D. zu verfügen hat. Die Absicht ist sowohl in den Worten wie in der Erklärung klar und deutlich ausgesprochen worden. Der Parteitag soll über die Spaltung beschließen, nachdem man es durch die Nichtvorlegung einer Erklärung verstanden hat, eine Stellungnahme der Ortsgruppen über diese Frage zu verhindern. Das ist klar die Situation, wie sie besteht, mit ihr haben wir uns abzufinden. Man hat die prinzipielle Abstimmung vorweg genommen, ähnlich wie in Heidelberg. Die K.P.D. ist an ihren Methoden zugrunde gegangen; wer den politischen Schaden der Vorgänge hier zu tragen haben wird, das werden wir abwarten; wir können den Dingen ganz ruhig entgegensehen.

Es liegt hier eine Anweisung des Moskauer Exekutiv-Komitees vor, bestimmte Personen aus der K.A.P. zu entfernen. Diese Weisung stellt an und für sich eine Ungeheuerlichkeit dar. Denn wann wäre es jemals erhört gewesen und wann dürfte es jemals erhört sein, daß eine Instanz versucht, - eine Instanz, die im Ausland sitzt und ausländische Verhältnisse vor Augen hat, die Politik und Taktik einer revolutionären Partei in einem anderen Lande entscheidend und maßgebend zu bestimmen? Das ist ein Unding und so ist eine solche Weisung eine Ungeheuerlichkeit. Umsoweniger sollte man vor der sachlichen Klärung sich zu Beschlüssen veranlaßt fühlen, die die sachliche Klärung vorausnehmen. Wenn hier gesagt worden ist, daß in der Hamburger Ortsgruppe eine große Opposition bestehe, so will ich versuchen, den Genossen, die diese Erklärung hier abgegeben haben, die Illusion zu rauben. Wie es in Hamburg aussieht, das wissen wir sehr wohl. Man komme doch nach Hamburg und sehe sich an, wo denn die politische Führung den großen Massen der Stadt gegenüber liegt. Bei der Opposition liegt sie nicht. Darauf dürfen Sie sich verlassen.

Wenn wir uns dagegen verwahren, daß eine ausländische Instanz die Politik und Taktik unserer Partei hier bestimmt, so verwahren wir uns nicht minder dagegen, daß ein zentraler bürokratischer Ausschuß der Partei sich herausnimmt, über die Politik und Taktik der einzelnen Landesbezirke zu bestimmen. Nicht der Zentral-Ausschuß ist berufen dazu, auf die Propaganda der Bezirke einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß über ihre Propaganda und über ihre Taktik die einzelnen Wirtschaftsbezirke selbst autonom zu bestimmen haben. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß bis heute ein Parteiprogramm nicht besteht, Grundlinien nicht festgelegt sind. Wir in Hamburg und auch der ganze Bezirk Nord haben es abgelehnt, sich auf den Boden des Programmwurfs zu stellen, der uns vorgelegt worden ist, und zwar aus dem Grunde, weil dieses Programm die Bewaffnung der politisch organisierten Arbeiterschaft ausspricht, also den Grundsatz der Parteibewaffnung enthält und damit auf dem Boden des Spartakusbundes steht. Wenn man diese Bestimmung aufnehmen wollte, dann wäre keine Veranlassung gegeben, sich überhaupt vom Spartakusbund zu trennen. Wir stehen auf dem Standpunkt der Bewaffnung der Arbeiterklasse, nicht der Bewaffnung einer einzelnen Partei. Wir sind allerdings der Meinung, daß eine Bewaffnung nach Parteien, wenn es sich um die Machtergreifung des Proletariats handelt, nicht in Frage kommen kann. Der Standpunkt, den die Hamburger Organisation einnimmt, ist niedergelegt in einer Anzahl von Richtlinien, die der Aktionsausschuß der Ortsgruppe Hamburg herausgegeben hat. Wir sagen zunächst - und da ergibt sich allerdings ein grundlegender Unterschied zwischen unserer und des Referenten Auffassung - die Parteien als Gebilde der bürgerlichen Demokratie sind bestimmt, mit dieser zu verschwinden. Der Zersetzungsprozeß, der heute durch die Organe der bürgerlichen Demokratie geht, geht auch durch die Parteien. Mit dem Beginn der proletarischen Revolution hört die Partei auf, ein brauchbares Mittel im proletarischen Klassenkampf zu sein. Die Partei ist ein Gebilde der bürgerlichen Epoche. Sie ist die Grundlage der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlaments. Das Parlament wirkt durch das Mittel der Parteien. Die Partei ist dazu bestimmt, Macht auszuüben, teilzunehmen an der Herrschaft des Staates.

tischer Ausschuß der Partei sich herausnimmt, über die Politik und Taktik der einzelnen Landesbezirke zu bestimmen. Nicht der Zentral-Ausschuß ist berufen dazu, auf die Propaganda der Bezirke einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß über ihre Propaganda und über ihre Taktik die einzelnen Wirtschaftsbezirke selbst autonom zu bestimmen haben. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß bis heute ein Parteiprogramm nicht besteht, Grundlinien nicht festgelegt sind. Wir in Hamburg und auch der ganze Bezirk Nord haben es abgelehnt, sich auf den Boden des Programmwurfs zu stellen, der uns vorgelegt worden ist, und zwar aus dem Grunde, weil dieses Programm die Bewaffnung der politisch organisierten Arbeiterschaft ausspricht, also den Grundsatz der Parteibewaffnung enthält und damit auf dem Boden des Spartakusbundes steht. Wenn man diese Bestimmung aufnehmen wollte, dann wäre keine Veranlassung gegeben, sich überhaupt vom Spartakusbund zu trennen. Wir stehen auf dem Standpunkt der Bewaffnung der Arbeiterklasse, nicht der Bewaffnung einer einzelnen Partei. Wir sind allerdings der Meinung, daß eine Bewaffnung nach Parteien, wenn es sich um die Machtergreifung des Proletariats handelt, nicht in Frage kommen kann. Der Standpunkt, den die Hamburger Organisation einnimmt, ist niedergelegt in einer Anzahl von Richtlinien, die der Aktionsausschuß der Ortsgruppe Hamburg herausgegeben hat. Wir sagen zunächst - und da ergibt sich allerdings ein grundlegender Unterschied zwischen unserer und des Referenten Auffassung - die Parteien als Gebilde der bürgerlichen Demokratie sind bestimmt, mit dieser zu verschwinden. Der Zersetzungsprozeß, der heute durch die Organe der bürgerlichen Demokratie geht, geht auch durch die Parteien. Mit dem Beginn der proletarischen Revolution hört die Partei auf, ein brauchbares Mittel im proletarischen Klassenkampf zu sein. Die Partei ist ein Gebilde der bürgerlichen Epoche. Sie ist die Grundlage der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlaments. Das Parlament wirkt durch das Mittel der Parteien. Die Partei ist dazu bestimmt, Macht auszuüben, teilzunehmen an der Herrschaft des Staates.

PAARTEI-
KLASSE

Von dem Augenblicke an, wo die bürgerliche Periode überwunden wird, wo die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist die Partei kein brauchbares Mittel der Arbeiterklasse mehr. Solange der bürgerliche Staat unerschüttert dasteht, solange nicht daran zu denken ist, ihn zu überrennen, solange hat die Arbeiterklasse kein anderes Mittel, um ihren politischen Einfluß auszuüben, als sich der Partei zu bedienen. Wo es sich um den Umsturz dieser kapitalistischen Ordnung handelt, wo das Proletariat darangeht, den proletarischen Staat aufzurichten, wo die politische Situation derart ist, daß das Proletariat an die Verwirklichung seiner Ziele geht, da hört die Partei auf, ein brauchbares Mittel des Proletariats im Klassenkampf zu sein. (Widerspruch.) Sobald das Proletariat in die revolutionäre Situation eintritt, hört auch die Partei auf. Die grossen Trennungslinien schneiden sich nicht haarscharf ab. In den Perioden des Übergangs verquickt sich das traditionelle Denken mit den neuen Auffassungen. Ich frage, ob in einem Augenblick, wenn die Arbeiterklasse an die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft geht, wenn sie die Staatsmacht erobert, sie sich auf ihre große proletarische Masse stützen muß, oder ob überhaupt denkbar ist, daß in einem solchen Augenblick ein kleiner Splitter des Proletariats übernehmen kann, seine Anhänger zu bewaffnen und damit die proletarische Revolution durchzuführen. Zweifellos geht das letztere nicht, wer einen derartigen Versuch unternähme, würde an diesem Versuche notwendig scheitern.

PAARTEI-
RICHTLINIEN

Es heißt dann in den Richtlinien des Hamburger Aktions-Ausschusses:

"Die proletarische Demokratie ist die demokratische Organisation des Proletariats als Klasse. Indem das Proletariat sich inmitten der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft als Klasse konstituiert, erschafft es das Fundament eines neuen Staates. In dieser Übergangsepoche kann die Aufgabe der Kommunisten nicht darin bestehen, sich als Partei zu organisieren, sondern sie kann nur darin bestehen, durch propagandistische Tätigkeit und Teilnahme an allen Aktionen der proletarischen Revolution diese über die ihnen von den

Parteien gesteckten Ziele hinauszutreiben und gegenüber den Sonderinteressen der Parteien das allgemeine Klasseninteresse des Proletariats zu wahren".

R.-Berlin: (unterbrechend) Das gehört aber doch zum Thema Programm.

L.-Hamburg: (fortfahrend) Das zeigt, wie wenig es der Zentral-Ausschuß nötig befunden hat, sich mit unseren Gedankengängen überhaupt zu befassen. Die neue Staatsgewalt hat sich zunächst auseinander zu setzen mit denjenigen politischen Gebilden, die als Tradition vorhanden sind. Das erste ist also die Abgrenzung zu der Frage einer Parteigründung überhaupt. (Sehr gut) In den Richtlinien kommt jetzt sofort das wichtigste: der Betrieb. Es heißt da:

"Der Betrieb als Keimzelle des Produktionsprozesses ist die Zelle der kommunistischen Wirtschaft und des proletarischen Staates. Er vereinigt die Proletarier auf Grund ihrer wirtschaftlichen Funktion und sozialen Klassenlage, unabhängig von ihrer Stellung zu den bestehenden Parteien und Gewerkschaften. Deshalb beginnt die Organisation des Proletariats als Klasse mit der Organisation des Betriebes. Dies ist die Voraussetzung sowohl für den Aufbau der Wirtschaft wie des Staates".

Der Organisation nach Parteien stellen wir gegenüber die Organisation nach Betrieben. Der Betrieb ist die Zelle des Wirtschaftslebens und als solche war er das Fundament der Macht des Unternehmers. Von dieser Zelle geht aus die ganze wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft, die ganze Errichtung des proletarischen Staates. Wenn das Proletariat die Unternehmerklasse aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht ausschaltet, dann kann es das nur, indem es auf die Betriebe die Hand legt, nicht dadurch, daß irgend ein politischer Bruchteil einer Partei die Macht ergreift. So geht die wirtschaftliche Neuorganisation vom Betriebe aus, wie in der kapitalistischen Wirtschaft der Betrieb die Hauptsache ist.

Es heißt dann weiter:

"Alle politische Gewalt wurzelt in der Kontrolle über die im Lande vorhandenen Waffen. Der Aufbau des proletarischen Staates setzt die Bewaffnung des Proletariats als Klasse voraus. Die Klassenbewaffnung des Proletariats beginnt mit der Bewaffnung der Betriebe, aus denen die W a f f e n-

k o m m i s s i o n e n als die untersten Instanzen proletarischer Waffenkontrolle hervorgehen".

Wenn der Betrieb die Zelle ist, dann muß auch dort jener entscheidende Vorgang einsetzen, durch den überhaupt über die Macht im Lande entschieden wird. Derjenige hat die Macht, der über die Waffen bestimmt. Wer die Waffen in der Hand hat, verfügt über die Gesamtheit. Wenn das Proletariat sich als Klasse bewaffnen soll, dann geht notwendig die Bewaffnung von den Betrieben aus, jene Bewaffnung, die dann zu der Bildung von Waffenkommissionen führt. In diesen bewaffneten Vertretern der Arbeiterschaft repräsentiert sich die bewaffnete Macht der proletarischen Diktatur. Dadurch, daß die Bourgeoisie als wirtschaftliche Macht vernichtet wird, wird die Basis zertrümmert, auf der die wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie ruhen. Das Proletariat verwendet nun seine Staatsmacht dazu, um überall die wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie zu zerschlagen und um vorzubauen, daß etwa von der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Macht aus die Bourgeoisie ihre Macht erneut zurück gewinnt. Ist die Bourgeoisie als Klasse zerschlagen, dann bleiben die einzelnen Mitglieder dieser Klasse als Personen übrig und es erhebt sich die Frage: was geschieht mit diesen einzelnen Personen? Und darauf antworten die Hamburger Richtlinien wie folgt:

" Die einzelnen Glieder der Bourgeoisie werden auf Grund der allgemeinen Arbeitspflicht der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit eingegliedert, womit die Erweiterung des proletarischen Klassenrahmens zum allgemeinen Volksrahmen beginnt und der klassenlosen Gesellschaft der Weg bereitet wird."

Wie stellt sich die proletarische Staatsmacht zu den Vertretern der Bourgeoisie, zu den Mitgliedern der bis dahin bürgerlichen Berufe? Es sind eine große Anzahl von Berufen, die als bürgerlich angesprochen werden, und deren Vertreter sich zum Teil noch als Mitglieder der bürgerlichen Kreise empfinden. Diese Berufe sind zum Aufbau eines Wirtschaftslebens notwendig.

Auch ein proletarischer Staat kann nicht auskommen ohne Ärzte, Techniker, und Beamte. Soweit diese Berufe in der kapitalistischen Gesellschaft einen kapitalistischen Charakter getragen haben, wird selbstverständlich dieser kapitalistische Charakter zerschlagen und zertrümmert, aber die Einzelpersonen gehen in die neue gesellschaftliche Organisation der Arbeit über. Wenn das Proletariat dadurch, daß es sich als Klasse nach Betrieben bewaffnet, seine Klassenorganisation schafft, sich als Klasse konstituiert, so gehen in diesen Klassenrahmen die Einzelglieder der bis dahin bürgerlichen Berufe über und das Proletariat erweitert auf diese Weise seinen Klassenrahmen zum Rahmen des Volkes. Diese Erweiterung des proletarischen Klassenrahmens zu einem Volksrahmen ist eine einfache staatliche Notwendigkeit. Denn in jeder Gesellschaft, die staatliche Formen trägt, beruht die Organisation auf zwei verschiedenen Richtlinien. Erstens ist es die Organisation und der Aufbau des staatlichen Gerüsts, zum zweiten ist es eine bestimmte Organisation der Gesellschaft des Volkes. Dieser entspricht in jeder Organisation der staatliche Aufbau selbst. Der staatliche Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft ist zugeschnitten auf die Interessen der Bourgeoisie, und er entspricht der Volksorganisation, wie sie die Bourgeoisie geschaffen hat. Sie teilt und gliedert nach Geld und Besitz, während die proletarische Organisation nach dem einen Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen Funktion der gesellschaftlichen Arbeit, die sie leisten, gliedert. So hat das Proletariat nicht genug mit der bloßen Errichtung seiner staatlichen Gewalt; wenn sie Dauer haben soll, muß das Proletariat dazu übergehen, nun die gesamte Gesellschaft nach seinem Bilde zu formen, daß in der Tat für die Gliederung des Volkes maßgebend ist die Frage der gesellschaftlichen Arbeit des einzelnen. Alle politischen Rechte gehen aus von der tatsächlichen Arbeit, die jeder einzelne verrichtet. Wer keine nützliche Arbeit verrichtet, wer sabotiert, ist kraft des Grundgedankens dieser ganzen proletarischen Organisation von jedem

Rechte innerhalb dieser Gesellschaft ausgeschlossen. Das Ziel, welches der proletarische Staat verfolgt, ist die Ausschaltung der auf dem Kapitalbesitz gegründeten Gesellschaft. Diese klassenlose Gesellschaft wird in der Weise zu Wege gebracht, daß die einzelnen Personen zwangsweise oder freiwillig in den proletarischen Volksrahmen eingegliedert werden.

Dann heißt es weiter in den Richtlinien:

"Staat und Diktatur sind nicht Selbstzweck, sondern nur notwendige Uebel der Übergangszeit zur Schaffung der klassenlosen Gesellschaft, die als Organisation der Selbstverwaltung jede Staatsgewalt überflüssig macht".

Die Errichtung des proletarischen Staates ist kein Endziel der menschlichen Entwicklung. Die staatliche Gewalt wächst hervor aus der Tatsache, daß sich in der menschlichen Gesellschaft auf Grund des Monopols an den Produktionsmitteln verschiedene Klassen herausbilden, während die andere Klasse von diesem Monopol ausgeschaltet ist. Um nun die Wirtschaft unter solchen Formen möglich zu machen, entsteht eine öffentliche Gewalt, und das Proletariat bemächtigt sich dieser öffentlichen Gewalt, um zum erstenmale diese öffentliche Gewalt zu kehren gegen die Minderheit, während der Träger der Gewalt die Mehrheit selbst wird. Aber das ändert nichts an dem Zwangscharakter der Gewalt und daran, daß das Endziel dieser Entwicklung durch die Schaffung der klassenlosen Gesellschaft dahin führt, daß auch diese staatliche Gewalt selbst abstirbt, daß auch sie überflüssig wird.

Es geht dann weiter in den Richtlinien:

"Die Kommunisten lehnen die Beteiligung an allen Teilaktionen des Proletariats ab, die auf eine Stützung des bürgerlichen Staates gerichtet sind und die nur dazu dienen, den Todeskampf der alten Gesellschaft und die Geburtswehen der neuen zu verlängern".

Als eine solche Teilaktion in diesem Sinne betrachten wir den Parlamentarismus.

Es heißt dann weiter:

" Die Grundlage jeder entwickelten kommunistischen Wirtschaft ist die wirtschaftliche und kulturelle Volksgemeinschaft, durch deren Vereinigung mit allen Volksgemeinschaften die Weltkommune entsteht. Die Kommunisten widerstreben jeder Zerreißung von Völkern durch willkürlich im Sonderinteresse einzelner Schichten aufgerichtete Staatsgrenzen. Die kommunistische Revolution zertrümmert alle willkürlich aufgerichteten Staatsgrenzen der Vergangenheit, wie sie sich gegen alle Bestrebungen der Gegenwart richtet, ganze Völker oder Teile von ihnen unter die Gewalt der herrschenden Klasse anderer Völker zu bringen, ihre Länder in Interessensphären oder Kolonien zu verwandeln."

Ein paar Worte zu den Ausführungen des Referenten. Er hat uns darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Epoche den nationalen Staat schafft und daß die Schaffung des nationalen Staates ein ausschließliches Kennzeichen dieser Epoche sein wird. Es ist richtig, daß die bürgerliche Periode auf ihr Banner schreibt die Schaffung des nationalen Staates. Das Wort Nation bedeutet in seiner Übersetzung Landsmannschaft. Die Zusammenfassung der Landsmannschaften eines Volkes zu einem Staate und damit zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, das war das Ziel der bürgerlichen Revolution, der bürgerlichen Wirtschaftsentwicklung. Das Bürgertum, das gegenüber der Bedarfswirtschaft der Feudalzeit eine auf den Austausch gestellte Wirtschaft schaffen will, ist angewiesen auf den Markt. Die Schaffung dieses Marktes, der unter einheitlicher Verwaltung steht, auf dem der Austausch sich unter bestimmten Beziehungen vollzieht, mit einheitlicher Verkehrssprache, ist das Ziel der bürgerlichen Entwicklung. Sie ist aber nicht imstande, dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen und zu verwirklichen. Wo immer man heute über die Welt blickt: es besteht kein einziger nationaler Staat, selbst Frankreich ist als solcher nicht anzusprechen. Frankreich unterhält wohl ausschließlich Teile des französischen Volkes. Aber dieses Volk ist im Staate nicht vereinigt. Ausgeschlossen sind die belgischen Teile. Da zeigt sich überall dasselbe: der bürgerliche Staat, der als Ziel die Errichtung des Nationalstaates

NATIONALER STAAT ≠
NATIONALISMUS

hat, ist nirgendwo ein nationaler Staat. Er bleibt ein Staat der Nationalität. Die bürgerliche Entwicklung kommt nicht über die Entwicklung einer Nationalität hinaus. Dieselbe bürgerliche Entwicklung ist gezwungen, die Völker fortgesetzt zu vergewaltigen, zu zerreißen; denn der Kampf um die Märkte tobt zwischen den verschiedenen Bourgeoisien der verschiedenen Länder. So kommt es, daß die Bourgeoisie der Randgebiete ständig versucht, eine andere Nation ihrem Staate einzugliedern, daß sie versucht, ausschlaggebende Wirtschaftsgebiete in ihren Staat hinein zu beziehen. Dieser Kampf der Bourgeoisien zerrißt fortgesetzt die Völker, er läßt es zur Bildung einer Nation nicht kommen. Er schafft Bruchteile vollständig verschiedener Nationen in einem staatlichen Rahmen zusammen, er schafft den Nationalitätenstaat. Das Wesen der Nationalität beruht darin, daß die Interessen des Volkes von einer schmalen Oberschicht vergewaltigt werden können, daß die Völker zerrissen und zerspalten werden wegen der Interessen dieser herrschenden bürgerlichen Klasse. So sehen wir, daß die bürgerliche Entwicklung zur Schaffung des nationalen Staates vollständig unfähig ist. Wo sie aus dem Rahmen ihrer Epoche herausgeht, wo es zur imperialistischen Entwicklung kommt, da steigert das Bürgertum diese Tendenzen der Vergewaltigung. Worin besteht denn der Imperialismus? In dem Bestreben des Bürgertums, die Grenzvölker zu vergewaltigen, die Grenzen zu verschieben, die Schlachtfelder immer weiter von den Grenzen wegzurücken. Dieses Bestreben der Bourgeoisie wird fortgesetzt gesteigert. Daraus zu folgern, daß aus dieser Entwicklung der bürgerliche Staat in seiner imperialistischen Form über den nationalen Rahmen geht, und die Nation gewissermaßen aus der Welt schafft, ist doch eine handgreifliche Verkennung der Vorgänge im geschichtlichen Leben der Völker selbst. Wann jemals kann eine Frage dadurch aus der Welt geschafft werden, daß man sagt, daß politische Folgen deshalb nicht gelten sollen, weil die Einzelpersonen von den Bourgeoisien vergewaltigt worden sind. Das Argument, das gebraucht worden ist, schlägt gegen den-

jenigen, der es gebraucht hat. Denn die notwendige Konsequenz ist, daß die kapitalistischen Hemmungen zerschlagen werden, damit die Unterdrückten Freiheit, Luft und Licht zum Leben bekommen. Das ist doch die Konsequenz dieser Gedankengänge, wenn sie richtig ausgelegt würden. Der Referent hat zweierlei mit einander verwechselt. Die kapitalistische Weltentwicklung greift allerdings über den Rahmen des Staates der betreffenden Bourgeoisie hinaus. Aber in dieser imperialistischen Tendenz liegt das Vergewaltigende. Doch die bürgerliche Entwicklung hat noch eine andere Tendenz. Jene Tendenz, in der das Proletariat diese Entwicklung aufgreift, das ist die Entwicklung zur großen Industrie. Man kann diese beiden Punkte nicht mit einander verwechseln. Die großindustrielle Entwicklung, die das Proletariat aufgreift, hat nichts zu schaffen mit jener Tendenz, wie sie der Kapitalismus aufgestellt hat.

Der Schlußsatz der Richtlinien lautet:

"Die Kommunisten wie die Proletarier aller Länder sind national - wenn auch nicht im Sinne der Bourgeoisie. Ihre internationale Vereinigung dient der Aufrichtung der Weltkommune in der freien Vereinigung freier Nationen".

Diese industriellen Tendenzen bestehen auch in der proletarischen Gesellschaft weiter, und wenn der Kapitalismus, wenn die bürgerliche Welt große Wirtschaftsgebiete geschaffen hat, dann deswegen, weil die Grundlage dieser Gebiete mehr und mehr die großindustrielle Entwicklung geworden ist. Diese Entwicklung versucht allerdings, einen möglichst großen Bruchteil der Menschheit zusammen zu fassen und sie findet die nächste Stufe, auf die sie sich gründet, in dem Zusammenschluß all derjenigen, die auf dem Boden gleicher Sprachen und Sitten stehen. Das ist die Grundlage für den Aufbau einer proletarischen Gesellschaft. Indem die proletarische Gesellschaft sich aufbaut, geht sie von dieser ihrer Grundlage aus. Sie hat zunächst diesen Zusammenschluß als Volk, als einheitliches Wirt-

SPRACHEN
SITTEN

schaftsgebiet zu verwirklichen. Wenn in dieser Weise die proletarischen Völker neben einander stehen, dann ist ihre Vereinigung die 3. Internationale, dann ist das der freie Weltenbund freier Völker.

Das ist in wenigen Strichen die Auffassung, wie wir sie haben und wie sie niedergelegt ist in den herangezogenen Richtlinien.

Es ist von dem Referenten die Politik, die wir getrieben haben, scharf unter die Lupe genommen worden und hingewiesen auf unsere Haltung während des Krieges.

Wir haben in einer Schrift, die 1915 erschienen ist, in der Broschüre "Demokratie und Organisation" ausgesprochen:

"Nicht soweit die gesellschaftliche Wirtschaft Ausbeutungsfunktion der Minderheit ist, sondern soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist, erwächst dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung. Es muß sich dagegen wehren, daß einheitliche Wirtschaftsgebiete auseinandergerissen, daß höher entwickelte Wirtschaften unter die Herrschaft niedrigerer gebracht werden. Es muß sich dagegen wehren, daß das Recht auf nationale Selbständigkeit, das es allen Nationen zubilligt, in der eigenen Nation verletzt werde. Hieraus resultiert in Kriegsfällen, die die Wirtschaft in ihrer Lebensfunktion bedrohen, die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung".

(Zuruf: Hört! Hört!)

Es geht dann weiter:

"Diese Notwendigkeit besteht, unbekümmert um Schuld oder Nichtschuld der eigenen Regierung am Ausbruch des Krieges, unbekümmert um die Unterscheidung von Angriffs- oder Verteidigungskrieg, die der imperialistische Weltkrieg zur unbrauchbaren Schablone gemacht hat. Aus der militärischen Unterordnung resultiert jedoch nicht und darf nicht resultieren die politische Unterordnung unter die Träger der herrschenden Politik. Gerade weil moderne Kriege eine völlige Umwälzung des Verhältnisses der Nationen zu einander bringen, weil sie die Gesamtwirtschaft und damit die Lebensfunktion der Gesellschaft aufs engste berühren, während die herrschende Politik auf die Festigung und Erweiterung der Ausbeutungsfunktion in erster

Linie gerichtet ist und notwendig unter historischem Zwange das Gegenteil von dem zu erreichen suchen muß, was für das Proletariat wünschbar ist, muß dieses sich seiner besonderen Klasseninteressen bewußt bleiben".

(Zuruf Pf.-Gotha: Das ist im Kriege veröffentlicht worden!)

Das ist allerdings während des Krieges veröffentlicht worden. Es hat damals, während des Krieges, aber niemand Widerspruch gegen diese Sätze erhoben. (Zuruf Pf.: Weil der Staatsanwalt sofort eingeschritten wäre!) Wenn wir mit unserem Namen für diese Dinge eingetreten sind, so wird der Genosse Pf. wohl auch wissen, daß wir für die Broschüren, die wir veröffentlicht haben, vorzeitig in den bunten Rock gesteckt sind, daß wir für die Agitation, die wir betrieben haben, Jahre während des Krieges hinter Mauern zugebracht haben.

Das alles ist dem Genossen Pf. sicherlich nicht unbekannt. Damals hat niemand diesen Sätzen widersprochen, und so gut wie damals unter Einsetzung unserer ganzen Person wir die Agitation gegen den Krieg getrieben haben, so gut wir energisch die Friedenspolitik der alten Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit kritisiert haben, so gut wir Tag für Tag und Stunde für Stunde uns der Gefahr ausgesetzt haben, mit den militärischen Gerichten in Konflikt zu kommen und gekommen sind, so gut hätte auch wohl ein anderer Kritiker den Mut haben können, eine Kritik aufzunehmen (Zuruf: Das haben wir getan, und zwar an der Front!)

Es handelt sich um die Konstatierung der ganz einfachen Tatsache, daß ein Militärstreik von vornherein unmöglich war und daß die Propagierung eines solchen Streiks mit der Erschießung weniger Leute hätte enden müssen. Als politische Parole war er nicht möglich. Wenn wir ausgesprochen haben, daß in Fällen, in denen die Gesellschaft in ihrer gesamten Existenz bedroht ist, dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung erwächst, so sprechen wir damit ebenfalls nur eine ganz selbstverständliche Sache aus, über die man heute nicht diskutieren sollte, nachdem sich zeigt, wohin die Zerschlagung der wirt-

schaftlichen Struktur führt. Wir haben in dem Abkommen von Versailles und Spa die Folgen einer solchen Zerschlagung vor uns. Glaubt man etwa, daß damit den Interessen des deutschen Proletariats gedient ist, wenn anstelle der deutschen Kapitalisten die bewaffnete Entente steht? Glaubt man den Befreiungskampf dadurch zu umgehen? Die Kritiker reden heute viel von dieser Stelle, aber nicht von dem, was damals der wirkliche Kern gewesen ist. Wer diese Stelle zitiert, sollte so ehrlich sein und sollte auch das andere sagen. Wir standen damals auf dem Standpunkt, daß allerdings, wenn die Bewilligung der Kredite eine einmalige Tatsache blieb, sie gegenüber der anderen Tatsache, daß der Arbeiterklasse der Burgfrieden aufgezwungen war, die weniger entscheidende war. Wir haben uns immer gegen die Kreditbewilligung gewandt. Wir taten es, als andere noch nicht daran dachten, im Reichstage dagegen zu stimmen. Wir taten es in den öffentlichen Versammlungen in Hamburg und verlangten, im Reichstage gegen die Kreditbewilligung aufzutreten. Es handelte sich auch hier um die Frage: Lag damals das Schwergewicht der ganzen Aktion im Parlament oder darin, daß man die Massen aufrüttelte? Deshalb drehte sich unser Kampf damals um die Aufrüttelung der Massen. Wir verlangten die Zertrümmerung des Burgfriedens. Was hieß das? Das hieß, daß die Bourgeoisie niederkämpft, aus der Macht verdrängt werden sollte, daß das Proletariat die Macht selbst in die Hand nehmen sollte. Und wenn das Proletariat die Macht in der Hand hatte, war dann dieses Proletariat genötigt und verpflichtet, den Krieg gegen das Ausland aufzunehmen oder nicht? War dieses Proletariat genötigt, zu verhindern, daß seine Macht von den Heeren des Ententekapitals aufs neue zertreten würde? Die Arbeiterklasse hätte den Krieg gegen den Imperialismus aufnehmen müssen. Sie hätte ihre Staatsmacht dazu verwenden müssen, um sich gegen das kapitalistische Ausland zur Wehr zu setzen.

Das ist in klaren und scharfen Zügen damals der Sinn der Politik gewesen, die wir trieben, die wir auch, soweit es sich

um das ausländische Proletariat handelte, im Auge hatten. Es handelte sich darum, die Herrschaft der Bourgeoisie im Lande zu zerschlagen, die Massenkräfte zu entfesseln und dadurch auch zugleich das Heer zu revolutionieren. In demselben Maße, wie im Lande das Volk revolutioniert wurde, in demselben Maße wurde notwendig auch das Heer revolutioniert; das Heer, das da draußen an der Front für imperialistische Zwecke kämpfte, das hörte deshalb nicht auf, ein Heer zu sein, das sich aus den breiten Massen des Volkes rekrutierte, in dem das Volk, das Proletariat, die überwiegende Masse der Soldaten stellte. Dieses Heer war ein Organ der imperialistischen Politik dadurch, daß im Lande eine imperialistische Regierung bestand und, daß die proletarischen Massen gezwängt waren in ein imperialistisches Heeresorgan.

Und nun komme ich zu einem Punkte, der ja auch fortgesetzt gegen uns ins Feld geführt wird: auf die Frage der Desertation. So wie es im Leben die Pflicht und Schuldigkeit jedes Proletariers war, die Massenkräfte befreien zu helfen, so war es selbstverständlich an der Front die Pflicht des einzelnen Revolutionärs, dort für die Auflösung des imperialistischen Heeres zu wirken. Aber nicht dadurch, daß man die verschiedenen Revolutionäre zur Desertation aufforderte. Wenn die Armee revolutioniert werden sollte, dann mußten in erster Linie die Revolutionäre in der Front, in der Armee bleiben. Nicht dadurch, daß man sie aus der Armee herausholte, konnte eine Revolutionierung des Heeres vor sich gehen. Was war die Folge davon, daß die Revolutionäre aus der Armee desertierten? Sie schwirrten im Lande umher, sie waren brach gelegt. Mit wenigen Ausnahmen war die Sache so. Wieviele sind den unter den Deserteuren, die ausgesprochene Revolutionäre waren? Von dem Augenblicke an, wo die Revolution im Lande siegte, wo an den Fronten die militärische Gewalt zusammenbrach und zertrümmert war, - das geschah in der Novembererhebung trotz alledem - da war die Möglichkeit gegeben, daß auch dieses Heer in ein Werkzeug der Revolution

verwandelt wurde. Wenn die Soldatenräte auch noch vieles zu wünschen übrig ließen und wenn sich in ihnen schließlich bürgerliche Tendenzen durchsetzen konnten, so deshalb, weil die Revolutionäre nicht mehr im Heere waren. Daran ist nicht vorbeizukommen. Es ist allerdings eine leichte Sache, die Parole der Dersertation auszugeben. Wir haben ein gut Teil mit dazu beigetragen, daß die imperialistische Front unterhöhlt und unterwühlt worden ist. Aber wir sind bis zum letzten Augenblick an der Stelle geblieben, wohin uns die imperialistischen Militärgewalten gestellt hatten und wir haben unserer Pflicht, im Heere selbst für die Auflösung der imperialistischen Disziplin zu wirken, bis zum letzten Augenblick Rechnung getragen. Wenn wir Levi vorgeworfen haben, daß er die Front erdolcht habe, so sind wir noch heute der Auffassung, daß die Parole, die er damals im Widerspruch zu dem Beschluß der ganzen revolutionären Gruppen in Deutschland herausbrachte, dazu beigetragen hat, nicht die imperialistische Front, wohl aber die sich bildende revolutionäre Front, und darauf kommt es an, von hinten erdolcht hat.

Der Referent hat Bezug genommen darauf, daß wir unsere Politik treiben von der Voraussetzung aus, zu einem Burgfrieden mit der Bourgeoisie zu kommen. Die Politik, die in der Adresse vertreten wird, finden Sie schon klar und deutlich ausgesprochen in dem letzten Abschnitt der Broschüre "Zwischen der ersten und zweiten Revolution", eine Broschüre, die bereits der Heidelberger Konferenz vorgelegen hat. Es heißt da im Schlußabsatz des Schlußkapitels:

"Eine revolutionäre Partei wird ihre Politik und Taktik darauf einstellen, um die Durchführung jener Aufgaben zu erleichtern und zu ermöglichen. Enge Verbindungen, die sie mit den revolutionären Parteien in den Randstaaten, in Österreich und den westlichen Demokratien herstellt und unterhält, um eine gemeinsame Orientierung ihrer Politik und gemeinsames Handeln zur Förderung der Weltrevolution herbeizuführen, Lösung der revolutionären Schichten des Landes aus aller Verbindung mit seinen reaktionären Institutionen, um sie zu jeder Stunde und unter allen Umständen zur Aktion zu befähigen, rücksichtslosester Kampf

wider die Machtmittel und die organisatorischen Stützen der Konterrevolution, die alte Partei und die Gewerkschaften ebensowohl wie gegen die neue Armee und den bürgerlichen Parlamentarismus auch dort, wo er sich in das Gewand der Räte hüllt, Kampf um die Betriebe in den Betrieben selbst und Kräftigung der Betriebsräte durch revolutionäre Betriebsorganisationen, an die der sozialistische Gesellschaftsaufbau unmittelbar anknüpfen kann - das sind im Augenblick die Losungen ihrer Politik. Und während sie für die Beseitigung der nationalen Grenzen, für die friedliche Durchdringung der menschlichen Wirtschaften und Gesellschaften kämpft mit dem Ziel, dem deutschen Volk die ihm von der Entente vorenthalte Freiheit zu sichern, in Sprache, Sitte und Wirtschaft nach seiner eigenen Art im Kreise der Menschheit zu leben und zu wirken, stützt sie sich mit aller Wucht und Kraft auf das Volk, die Nation, und sammelt es und ordnet seine Reihen zum Sturme wider die Versklavung unter der kapitalistischen Fremdherrschaft des Auslandes, um die Diktatur des Weltimperialismus im eigenen Lande durch den Sturz der Bourgeoisie, durch die Diktatur der werktätigen Nation zu überwinden ect":

Damals hat sich auch seitens derjenigen Genossen, die sich später mit uns in der K.P.D. zusammenfanden, kein Widerspruch erhoben. Es wird so dargestellt, als ob die Adresse ausgehe von dem Willen, mit der Bourgeoisie zu einem Burgfrieden, zu einer Verständigung zu kommen und zwar vor der Errichtung der proletarischen Diktatur. Diese Auffassung widerspricht dem klaren und deutlichen Wortlaut der Adresse selbst. In der Adresse ist ausdrücklich konstatiert, daß es sich um die Eroberung der Staatsmacht handelt, um eine Politik, die eine siegreiche Revolution durchzuführen hat. Es heißt hier, das deutsche Volk steht an einem Abgrunde, wenn es nicht gelingt, eine Organisation des Volkes zu schaffen, die nach innen aufbaut und nach außen die Ketten sprengt. Diese Organisation vermag allein noch die Diktatur des Proletariats, das Rätensystem zu gewährleisten.

Hier ist klar ausgesprochen, daß es sich um eine Politik handelt, die das siegreiche Proletariat durchzuführen hat. Es ist charakteristisch für die Beweisführung, daß der Referent nur auf diesen einen Satz hingewiesen hat: "Und unter Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an

verwandelt wurde. Wenn die Soldatenräte auch noch vieles zu wünschen übrig ließen und wenn sich in ihnen schließlich bürgerliche Tendenzen durchsetzen konnten, so deshalb, weil die Revolutionäre nicht mehr im Heere waren. Daran ist nicht vorbeizukommen. Es ist allerdings eine leichte Sache, die Parole der Desertation auszugeben. Wir haben ein gut Teil mit dazu beigetragen, daß die imperialistische Front unterhöhlt und unterwühlt worden ist. Aber wir sind bis zum letzten Augenblick an der Stelle geblieben, wohin uns die imperialistischen Militärgewalten gestellt hatten und wir haben unserer Pflicht, im Heere selbst für die Auflösung der imperialistischen Disziplin zu wirken, bis zum letzten Augenblick Rechnung getragen. Wenn wir Levi vorgeworfen haben, daß er die Front erdolcht habe, so sind wir noch heute der Auffassung, daß die Parole, die er damals im Widerspruch zu dem Beschluß der ganzen revolutionären Gruppen in Deutschland herausbrachte, dazu beigetragen hat, nicht die imperialistische Front, wohl aber die sich bildende revolutionäre Front, und darauf kommt es an, von hinten erdolcht hat.

Der Referent hat Bezug genommen darauf, daß wir unsere Politik treiben von der Voraussetzung aus, zu einem Burgfrieden mit der Bourgeoisie zu kommen. Die Politik, die in der Adresse vertreten wird, finden Sie schon klar und deutlich ausgesprochen in dem letzten Abschnitt der Broschüre "Zwischen der ersten und zweiten Revolution", eine Broschüre, die bereits der Heidelberger Konferenz vorgelegen hat. Es heißt da im Schlußabsatz des Schlußkapitels:

"Eine revolutionäre Partei wird ihre Politik und Taktik darauf einstellen, um die Durchführung jener Aufgaben zu erleichtern und zu ermöglichen. Enge Verbindungen, die sie mit den revolutionären Parteien in den Randstaaten, in Österreich und den westlichen Demokratien herstellt und unterhält, um eine gemeinsame Orientierung ihrer Politik und gemeinsames Handeln zur Förderung der Weltrevolution herbeizuführen, Lösung der revolutionären Schichten des Landes aus aller Verbindung mit seinen reaktionären Institutionen, um sie zu jeder Stunde und unter allen Umständen zur Aktion zu befähigen, rücksichtslosester Kampf

wider die Machtmittel und die organisatorischen Stützen der Konterrevolution, die alte Partei und die Gewerkschaften ebensowohl wie gegen die neue Armee und den bürgerlichen Parlamentarismus auch dort, wo er sich in das Gewand der Räte hüllt, Kampf um die Betriebe in den Betrieben selbst und Kräftigung der Betriebsräte durch revolutionäre Betriebsorganisationen, an die der sozialistische Gesellschaftsaufbau unmittelbar anknüpfen kann - das sind im Augenblick die Losungen ihrer Politik. Und während sie für die Beseitigung der nationalen Grenzen, für die friedliche Durchdringung der menschlichen Wirtschaften und Gesellschaften kämpft mit dem Ziel, dem deutschen Volk die ihm von der Entente vorenthaltene Freiheit zu sichern, in Sprache, Sitte und Wirtschaft nach seiner eigenen Art im Kreise der Menschheit zu leben und zu wirken, stützt sie sich mit aller Wucht und Kraft auf das Volk, die Nation, und sammelt es und ordnet seine Reihen zum Sturme wider die Versklavung unter der kapitalistischen Fremdherrschaft des Auslandes, um die Diktatur des Weltimperialismus im eigenen Lande durch den Sturz der Bourgeoisie, durch die Diktatur der werktätigen Nation zu überwinden ect":

Damals hat sich auch seitens derjenigen Genossen, die sich später mit uns in der K.P.D. zusammenfanden, kein Widerspruch erhoben. Es wird so dargestellt, als ob die Adresse ausgehe von dem Willen, mit der Bourgeoisie zu einem Burgfrieden, zu einer Verständigung zu kommen und zwar vor der Errichtung der proletarischen Diktatur. Diese Auffassung widerspricht dem klaren und deutlichen Wortlaut der Adresse selbst. In der Adresse ist ausdrücklich konstatiert, daß es sich um die Eroberung der Staatsmacht handelt, um eine Politik, die eine siegreiche Revolution durchzuführen hat. Es heißt hier, das deutsche Volk steht an einem Abgrunde, wenn es nicht gelingt, eine Organisation des Volkes zu schaffen, die nach innen aufbaut und nach außen die Ketten sprengt. Diese Organisation vermag allein noch die Diktatur des Proletariats, das Rätssystem zu gewährleisten.

Hier ist klar ausgesprochen, daß es sich um eine Politik handelt, die das siegreiche Proletariat durchzuführen hat. Es ist charakteristisch für die Beweisführung, daß der Referent nur auf diesen einen Satz hingewiesen hat: "Und unter Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an